

# Programm für Freiburg

Unser Wahlprogramm für die Gemeinderatswahl in Freiburg

*Liebe Freiburger,*

*am 26. Mai 2019 dürfen Sie einen neuen Gemeinderat für unser schönes Freiburg wählen. Leider haben sich auch in unserer Stadt in den letzten Jahren Missstände angehäuft. Daher unser Entschluss, zur Kommunalwahl anzutreten. Wir werden den*

*Verantwortlichen auf die Finger schauen und den Kuschelkurs beenden. Egal, ob es sich um den dramatisch schlechten Sicherheitszustand unserer Stadt oder die drohenden Dieselfahrverbote handelt: Wir werden eine Politik einfordern, die zuerst das Wohl der Freiburger in den Blick nimmt.*

*Damit es in dieser Stadt kein „Weiter so“ gibt, bitten wir Sie um Ihre 48 Stimmen für den Gemeinderat. Nur so kann es in Freiburg eine Veränderung geben!*

Ihr



*Andreas Schumacher (Spitzenkandidat zur Gemeinderatswahl)*

PS.: Damit keine Stimmen bei Ihrer Wahl verloren gehen, müssen Sie jedem Kandidaten auf der AfD-Liste 2 Stimmen geben, da wir mit 24 Kandidaten antreten, Sie aber 48 Stimmen haben.



## BAUEN & WOHNEN

### **Stadtbild schützen**

Ein harmonisches und gewachsenes Stadtbild fördert die Lebensqualität der Bürger und die Attraktivität einer Stadt. Es stärkt die Identifikation mit Freiburg und schafft Heimat. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Altbauten primär renoviert und erhalten werden. Die Vernichtung alter Bausubstanz für Neubauten wollen wir verhindern. Wo neu gebaut wird, soll dies Freiburg aufwerten.

Der Denkmalschutz muß seiner Rolle, das gewachsene Stadtbild zu schützen, gerecht werden. Aus diesem Grund setzen wir uns auch für einen Erhalt der Turnhalle des Lycée Turenne ein.

### **Nachhaltiges Baukonzept**

Die AfD Freiburg setzt sich für ein ganzheitliches und nachhaltiges Planungs- und Baukonzept ein. Baupolitik muss soziale, ökologische und ästhetische Aspekte, sowie die Interessen der Anwohner, als auch der Bauträger miteinbinden. Wir sind offen für städtebauliches Wachstum, lehnen aber Planungskonzepte, die eine reine Wohnraum- oder Profitmaximierung anstreben, ab.

Bei Verkauf von Bauflächen durch die Stadt sollen diese Flächen nicht mehr an den Meistbietenden verkauft werden, sondern an denjenigen, der das stadtverträglichste Konzept vorlegt. So werden die Mieten gesenkt und ein stadtverträglicher Städtebau vorangetrieben.

### **Dachausbau fördern**

Eine allgemeinverträgliche Form der Innenverdichtung von Städten ist der Dachausbau. Eine Studie soll nun das Potential in Freiburg hierfür ausschöpfen. Wir begrüßen das ausdrücklich und befürworten die Bewilligung von derartigen Anträgen. Zusätzlich muß die Stadt Anreize schaffen, den Dachausbau zu fördern. Geeignete Maßnahmen wären beispielsweise eine Beschleunigung des Genehmigungsprozesses oder Befreiungen von sinnlosen Bauauflagen.

## **Energetische Anforderungen senken**

Energetischen Anforderungen für Neubau- und Sanierungsvorhaben sind sehr hoch und kostenintensiv. In vielen Fällen sind sie wenig effizient und führen zu erheblichen Miet- und Betriebskostensteigerungen. Wir fordern daher, diese Anforderungen sinnvoll zu senken.

## **Freiburger Stadtbau flexibel halten**

Die Hauptaufgabe der Freiburger Stadtbau ist und bleibt der Bau und Betrieb von sozialem, günstigem Wohnraum. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Preis- und Bauvorgaben kontraproduktiv. Das bewährte Konzept, sozialen Wohnungsbau mit Projekten im Hochpreissegment querzufinanzieren, wollen wir beibehalten.

Bei Vorlage eines Planungskonzepts zur Wohnbebauung für Familien und sozial Schwache fordern wir die kostenfreie Übertragung kommunaler Grundstücke ins Eigentum der Freiburger Stadtbau, um die Baukosten und damit auch die Mieten zu senken.

## **Mehr Bürgerbeteiligung im Stadtbau**

Statt echter Bürgerbeteiligung findet oftmals lediglich reine Bürgerinformationen statt, bei der die Betroffenen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dem wollen wir entgegenreten. Bürgervereine und Anwohner müssen frühzeitig in Planungen eingebunden werden und auch effektiv mitentscheiden können. Bei Großprojekten wie dem Neubau eines ganzen Stadtviertels sehen wir Bürgerentscheide als obligatorisch an.

## **Anschlussunterbringung aussetzen**

Die verpflichtende Anschlussunterbringung für Asylsuchende stellt die Kommunen vor hohe finanzielle Herausforderungen. Um diese finanzielle Last zu senken und Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen, fordern wir, die Anschlussunterbringung auszusetzen und Asylsuchende vorerst in Gemeinschaftsunterkünften zu belassen.

## **Wohnraum statt Flüchtlingsheim**

Wir fordern den unreglementierten Zuzug von Migranten zu stoppen und abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschieben. Die dann für den Weiterbetrieb geeigneten freiwerdenden Unterkünfte sollen in Studentenwohnheime umgewandelt oder für sozialen Wohnungsbau verwendet werden.

## **Vorzug der Notfallkartei vor der Anschlussunterbringung**

Aktuell befinden sich rund 1500 Haushalte mit 3700 einkommensschwache Personen in der Notfallkartei der Stadt Freiburg, einige stehen kurz vor der Obdachlosigkeit. Diese Personen sollen der nachrangigen Anschlussunterbringung vorgezogen werden.

## **SICHERHEIT & ORDNUNG**

### **Stadtpolizei ausbauen - Hilfspolizei einführen**

Der kommunale Vollzugsdienst – genannt Stadtpolizei – soll ausgebaut werden. Dieser ist aktuell nur von 9 bis 21 Uhr und an Wochenenden bis 24 Uhr unterwegs. Gewaltkriminalität nimmt auf diese Zeiten keine Rücksicht, sie geschieht vor allem nachts. Wir fordern daher eine sinnvolle Anpassung der Dienstzeiten und eine personelle Aufstockung.

Der Innenminister von BaWü arbeitet aktuell an einer Wiedereinführung der Hilfspolizei. Wir begrüßen dies ausdrücklich und werden uns für eine Hilfspolizei in Freiburg einsetzen.

### **Sicherheit in der Stadt**

Die Polizei stellt immer wieder Kriminalitätsschwerpunkte in der Stadt fest. Wir fordern, dass an diesen Straßen und Plätzen – sofern noch nicht vorhanden – eine Videoüberwachung geprüft wird.

Insbesondere der Stühlinger Kirchplatz ist mittlerweile ein solcher Kriminalitäts-schwerpunkt. Nicht einmal der Pfarrer oder Hochzeitsgäste können sich dort tagsüber unbeschwert aufhalten. Vor allem eine Gruppe junger Gambier bereitet hier immer wieder Probleme. Ein Ausbau der Nachtbeleuchtung reicht nicht aus. Die Stadtpolizei muss hier häufiger präsent sein, der Drogenhandel konsequent unterbunden und bestraft werden. Um den Stühlinger Kirchplatz wieder sicher zu machen, erscheint die Einrichtung von Videüberwachung sowie das optionale Aussprechen von Platzverweisen vernünftig.

### **Für mehr Beleuchtung an Radwegen**

Die viel benutzen Radwege in Freiburg sind nicht oder nur schlecht beleuchtet. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. So wird nicht nur der Verkehr sicherer, sondern zudem das Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt.

### **Schmierereien den Kampf ansagen**

Wir begrüßen die Anti-Graffiti-Garantie der Stadt Freiburg. Diese Maßnahme muss nun auch umgesetzt und anschließend evaluiert werden. Denn sinnlose, illegale Schmierereien werden von niemandem als Verschönerung unserer Stadt empfunden. Im Übrigen fordern wir eine konsequente Strafverfolgung.

### **Einschränkung der Bewegungsfreiheit für kriminelle Asylbewerber**

Ähnlich wie Hooligans im Fußball ein zeitweises Platzverbot ausgesprochen werden kann, fordern wir, dass die Bewegungsfreiheit mehrfach auffällig gewordener krimineller Asylsuchender zeitweise eingeschränkt wird. Dies kann z.B. für öffentliche Plätze und die Innenstadt gelten, insbesondere in den Nächten am Wochenende.

## VERKEHR & INFRASTRUKTUR

### **Keine Dieselfahrverbote in Freiburg**

In Freiburg drohen Dieselfahrverbote, weil Grenzwerte für Stickstoffdioxid nicht eingehalten werden. Diese willkürlichen EU-Grenzwerte sind an sich schon höchst zweifelhaft. Zudem ist der Standort der Freiburger Messstation kritisch zu hinterfragen.

Wir lehnen Dieselfahrverbote daher generell ab, da sie keinen und wenn überhaupt nur minimalen Beitrag zu Luftreinhaltung leisten. Ein auf dieser Faktenlage basierendes Fahrverbot wäre unverhältnismäßig und käme einer Enteignung der Dieselfahrer gleich. Wir fordern deshalb umgehend die Messung der Luftqualität an verschiedenen kritischen und unkritischen Standorten. Nur so kann die tatsächliche Abgasbelastung in Freiburg festgestellt werden.

### **Tempo-30-Wahn beenden**

Allein 2018 wurden 11 neue 30er Zonen geschaffen, u.a. wichtige Verkehrsadern wie die B31 oder die Elsässer Straße in Freiburg-Mooswald. Die Gängelung der Autofahrer ist unnötig, die AfD will dies rückabwickeln.

Auch ein stadtweites Tempo 30 wie von den Grünen gefordert lehnen wir strikt ab.

### **Blitzer auf den Prüfstand**

Wir werden im Gemeinderat sämtliche Blitzer im Stadtgebiet auf den Prüfstand stellen und auf deren Notwendigkeit und Rechtssicherheit überprüfen lassen. Blitzer sollen Verkehrssicherheit herstellen und nicht die städtischen Kassen füllen.

### **Ausbau von Kreisverkehren**

Wir wollen uns dafür einsetzen, an geeigneten Standorten Ampelanlagen durch moderne Kreisverkehre zu ersetzen, um eine

Verkehrsbeschleunigung zu erreichen. Dies führt zu einer besseren und kostengünstigeren Verkehrsführung. Freiburg hinkt hier hinterher und muss nachbessern.

### **Ausbau der Stadtbahnnetzes und der Expressbuslinien weiter vorantreiben**

Der Bau der Rotteckringbahn war nur ein erster und wichtiger Schritt. Nun gilt es, auch große Stadtteile wie St. Georgen oder die Tuniberggemeinden Schritt für Schritt an das Stadtbahnnetz anzuschließen und den ÖPNV in Freiburg zu verbessern. Zusätzlich wollen wir Expressbuslinien ins Umland einführen und die Taktung der vorhandenen Buslinien erhöhen.

### **Ausbau des Nahverkehrs ins Umland**

Um die Wohnungssituation zu verbessern, setzen wir uns dafür ein, gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden den Nahverkehr vom Umland in die Stadt und umgekehrt auszubauen. So wird auch das Wohnen im Umland attraktiver gestaltet.

### **Einführung eines Kurzstreckentickets**

Um den ÖPNV attraktiver zu gestalten, fordern wir ein Kurzstreckenticket nach dem Vorbild größerer Städte. Der ÖPNV wird somit auch für Gäste und Gelegenheitsfahrer attraktiver. Der Preis soll ca. 1€ betragen.

### **Ausbau der Zugstrecke Freiburg – Colmar**

Um mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ins Elsass zu kommen, gibt es aktuell keine brauchbare Verbindung. Daher fordern wir gemeinsam mit unseren elsässischen Partnern und den Umlandgemeinden, den Ausbau der Zugstrecke ab Breisach voranzutreiben.



## **Lärmschutz an der Rheintalbahn sichern**

Aufgrund des Ausbaus des Güterzugverkehrs auf der Rheintalbahn auf vier Spuren, besteht die Gefahr, dass am Lärmschutz gespart werden soll. Wir werden eine konsequente Umsetzung des Lärmschutzes einfordern, um die Anwohner vor Gesundheitsschäden zu schützen.

## **Radverkehr sinnvoll gestalten**

Das Fahrrad gehört zu den beliebtesten Fortbewegungsmitteln in Freiburg. Leider fehlen in der Innenstadt Stellflächen. Daher müssen vorhandene Stellflächen häufiger als bisher von Schrotträdern und Dauerparkern gesäubert werden.

## **Dreisamufer vom Verkehr befreien**

Durch den Bau des Stadttunnels entstehen am Dreisamufer neue Freiflächen. Wir fordern, diese nicht vollständig zu verbauen, sondern den Verkehr umzuleiten. Damit können verkehrsberuhigte Grün- und Freizeitzonen entstehen, die das Dreisamufer deutlich aufwerten.

## **Vernichtung von öffentlichen Parkplätzen stoppen**

Bei Bauvorhaben – wie z.B. der Neugestaltung des Platzes am Siegesdenkmal – werden Parkplätze für PKW, für Motorräder und – roller in großer Zahl abgebaut und nicht ersetzt. Dies verstärkt die Verkehrsproblematik in der Stadt. Öffentliche Parkplätze müssen daher auch bei Umgestaltungen oder Neubauten erhalten bzw. ersetzt werden.

## **Keine weiteren Straßenumbenennungen**

Wir lehnen die Umbenennung von weiteren Straßen in Freiburg ab. Ein sinnvoller Umgang mit der eigenen Geschichte kann nicht darin liegen, für ihre Geschichtesepisode prägenden Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Außerdem lehnt eine Mehrheit der betroffenen Anwohner eine Umbenennung ab, da der dadurch entstehende Aufwand unverhältnismäßig hoch ist.

## **Schnelles Internet in Freiburg**

Wir fordern eine sofortige Planung für ein schnelles Internet nach G5-Standard in ganz Freiburg und setzen uns dafür ein, die staatlichen Einnahmen aus der dazugehörigen Frequenzversteigerung ausnahmslos für dessen Installation verwendet werden.

## **UMWELT & NATUR**

### **Erhalt von Grünflächen und Schrebergärten**

Grünflächen bieten Stadtbewohnern die notwendigen Ausgleichsflächen für Erholung. Nachverdichtung kann eine notwendige Maßnahme sein, um innerstädtische Bauflächen zu erschließen, doch muss dies stets auch ganzheitlich unter einer Kosten-Nutzen-Abwägung geschehen. Die für das Stadtklima notwendigen Frischluftschneisen sind unbedingt frei zu halten.

### **Abschied von utopischen Klimazielen der Stadt**

Die selbstgesteckten Klimaziele der Stadt Freiburg sind utopisch und jetzt schon nicht mehr zu erreichen. Anstatt weiter sinnlos Geld auszugeben (z.B. durch Gutachten etc.) sollte die Stadt lieber dafür Sorge tragen, wie man die Haushalte in Zukunft sicher und vor allem günstig mit Strom versorgen kann.

### **Nein zu Windrädern auf Freiburger Gemarkung**

Windräder sind überteuert und wirtschaftlich gesehen nicht rentabel. Für sie wird intakte Natur geopfert und in lebensferne Industrieflächen umgewandelt. Die schädlichen Begleiterscheinungen: etliche Bäume müssen gefällt und Flächen verdichtet werden - Maßnahmen, die dem Naturschutz diametral entgegenlaufen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass keine weiteren Windräder in Freiburger Wäldern gebaut werden. Geplante Projekte wie auf dem Taubenkopf oberhalb von Kappel wollen wir stoppen.

## **Kein Öko-Zwang in der Landwirtschaft**

Wir wenden uns gegen alle Versuche, städtische Flächen nur noch an Bio-Landwirte verpachten zu wollen. Auch eine konventionelle Landwirtschaft muss in Freiburg ihren Platz haben. Auch sie kann modernen Umweltstandards gerecht werden.

## **GESELLSCHAFT**

### **Für echte Bildungsvielfalt**

Neben den staatlichen Schulen sollen Privatschulen und Schulen in freier Trägerschaft gleichermaßen und vermehrt unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für die Zeitenvergabe in Turnhallen. Verbunden mit einer freien Schulwahl kann somit echte Bildungsvielfalt hergestellt werden, die den unterschiedlichen Bedürfnissen eines jeden Kindes gerecht wird. Die verhältnismäßig kurzen Wege in der Stadt begünstigen dies.

### **Nein zur Gemeinschaftsschule**

Gemeinschaftsschulen führen zu einer Leistungsnivellierung auf eher unterem Niveau und werden den unterschiedlichen Anforderungen der Schüler nicht gerecht. Wir setzen uns daher dafür ein, dass keine weiteren Gemeinschaftsschulen in Freiburg eingerichtet werden.

### **Mehrgleisige Strategie bei der Kinderbetreuung**

Der gesetzliche Betreuungsanspruch von Eltern ist eine der größten Herausforderungen für Kommunen. Schon lange kann das Angebot den Bedarf nicht decken. Wir fordern daher eine mehrgleisige Strategie: neben dem Kita-Ausbau soll die persönliche Erziehung durch Eltern oder Tagesmütter gleichermaßen gefördert werden, um eine echte Wahlfreiheit für Eltern zu garantieren.

## **Einführung eines Jugendgemeinderats**

Freiburg gehört zu den jüngsten Städten Deutschlands. Wir fordern die Einführung eines Jugendgemeinderats für Freiburg, dessen Vertreter in einem neu zu schaffendem, gemeinsamem Gremium mit Vertretern des Gemeinderats diskutieren. Nur so kann echte Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung für die Jugend aussehen.

## **Bürokratieabbau für kulturelle Angebote und Vereine**

Gerade kleinere Anbieter von kulturellen Angeboten oder Vereine stehen regelmäßig vor der Herausforderung, die bürokratischen Hürden für ihre Veranstaltungen zu nehmen. Aus diesem Grund fordern wir einen Abbau dieser kulturhemmenden Bürokratie. Das ehrenamtliche Engagement in Freiburg darf hier nicht unnötig gebremst werden.

## **Genderisierung der Amtssprache beenden**

Vorgaben wie die vermeintlich geschlechtergerechte Sprache durch sogenanntes „Gendern“ läuft der natürlichen Entwicklung von Sprache in einer Gesellschaft entgegen. Die derzeitigen Vorgaben zur Schreibweise in Freiburg sind grammatikalisch falsch, ineffizient, nicht intuitiv und verursachen unnötigen Aufwand. Im Schriftverkehr der Freiburger Behörden und Ämter soll daher wieder der generische Maskulin verwendet werden.

## **Einflussnahme des Gemeinderats auf Kulturförderung beenden**

Nicht der Gemeinderat hat zu entscheiden, was förderungswürdige und nichtförderungs-würdige, was „gute“ und „schlechte“ Kultur ist. Die Politik hat nur den Rahmen zu bestimmen, in welchem Kultur stattfinden kann.

## **Für ein neues Eisstadion**

Nachdem der SC Freiburg nun ein neues Stadion bekommt, fordern wir, dass der EHC Freiburg auch eine moderne Sportstätte erhält. Das

aktuelle Stadion ist marode und entspricht nicht dem Anspruch einer Mannschaft, die in der 2. Liga spielt. Sportförderung – gerade des Spitzensports – darf nicht einseitig auf den Fußball beschränkt bleiben.

### **Gemeinderatssitzungen ins Internet**

Wir fordern die Einführung eines Livestreams für die Gemeinderatssitzungen im Internet, um die Transparenz des Gemeinderats zu erhöhen und der Abhängigkeit der Bürger von der Lokalpresse entgegen zu wirken. Redebeiträge der Gemeinderäte und deren Anträge sollen in einer leicht zu handhabenden Mediathek stets abrufbar sein.

### **Integrationsunternehmen kontrollieren**

Der Fall um Hussein K. und die Wiese GmbH hat gezeigt, dass Unternehmen, die für die Stadt Betreuungs- und Integrationsaufgaben übernehmen, nicht in ausreichendem Maße kontrolliert werden. In dem angesprochenen Fall wurde über einen längeren Zeitraum für eine Betreuungsstelle abgerechnet, obwohl keine Betreuung von Hussein K. stattfand. So etwas darf sich nicht wiederholen. Deshalb fordern wir eine strengere Kontrolle dieser Unternehmen.

### **Altersüberprüfung aller UMAs**

Zahlreiche bundesweite Fälle, wie z.B. auch der grausame Mord durch Hussein K. in Freiburg, haben aufgezeigt, dass die Altersangaben von minderjährigen, unbegleiteten Ausländern (UMAs) oftmals nicht korrekt sind. Wir fordern daher eine umgehende medizinische Altersüberprüfung aller in Freiburg betreuten, unbegleiteten, minderjährigen Ausländer.

### **Politischen Extremismus bekämpfen**

Freiburg hat kein Problem mit Neonazi-Horden, sondern mit Linksextremismus. Allein die AfD in Freiburg wurde in den letzten drei Jahren 25 Mal Opfer von Verbrechen. Im „Kulturtreff der

Selbstverwaltung (KTS)“ gab es Hausdurchsuchungen, da hier die linksextreme, Gewalt verherrlichende Internetseite „Linksunten.Indymedia“ operierte. Auf ihr wurden mehrere tausend politische Gegner namentlich denunziert und außerdem zu Straftaten aufgerufen. Das KTS wird jährlich mit 90.000 € von der Stadt Freiburg unterstützt. Diese und andere städtische Finanzierungen von Linksextremismus sind sofort zu beenden.

### **Ibad-ur-Rahman Moschee schließen**

Die Ibad-ur-Rahman-Moschee wird seit 20 Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet. Nun wurde auch bekannt, dass sich dort regelmäßig Islamisten und Gefährder treffen. Wir fordern daher, dass diese Moschee endlich geschlossen wird und keine städtischen Grundstücke an radikalislamische, ausländische Vereine wie z.B. die Ditib verkauft werden. Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, beinhaltet aber nicht das Recht, sich gegen das Grundgesetz zu stellen oder gar als Rechtfertigung für terroristische Zielsetzungen missbraucht zu werden.

## **WIRTSCHAFT & FINANZEN**

### **Priorität Haushaltskonsolidierung**

Oberste Priorität bei allen finanziellen und haushaltspolitischen Fragen muss die Konsolidierung haben. Freiburg hat in den letzten drei Jahren die größte Neuverschuldung seit dem zweiten Weltkrieg erlebt und das trotz sehr guter konjunktureller Voraussetzungen. Diesem Trend muss Einhalt geboten werden. Wir werden jeden Haushaltsposten auf seine Notwendigkeit kritisch hinterfragen.

### **Keine Finanzierung ideologischer Projekte**

Nicht nur um Haushaltsmittel einzusparen, lehnen wir eine Finanzierung einseitiger ideologischer Projekte ab. Beispielhaft sei hier der „Christopher-Street-Day (CSD)“ in Freiburg genannt, der für

die breite Stadtbevölkerung keine Bedeutung hat und dessen finanzielle Unterstützung nicht zu rechtfertigen ist.

### **Tourismus stärker fördern**

Der Tourismus in Freiburg befindet sich im Aufwind, was der Stadt auch finanziell zu Gute kommt. Gerade beim boomenden Hotelbau muss dafür gesorgt werden, dass ein abwechslungsreiches und ausdifferenziertes Hotelangebot entsteht, ohne dabei Traditionshäuser vom Markt zu verdrängen. Daneben verlangen wir, die Bettensteuer wieder abzuschaffen, ferner die Einführung einer Gästekarte, die den ÖPNV, Museen und andere Attraktionen einschließt.

### **Gewerbesteuer senken**

Trotz einer Anhebung der Gewerbesteuer – die ohnehin zu den höchsten in der Region zählt - hat die Stadt weniger Einnahmen erzielt. Nachdem diese Maßnahme wirkungslos gewesen ist, jedoch auf die die weitere Ansiedlung von Gewerbe in Freiburg nicht verzichtet werden kann, muss die Gewerbesteuer wieder gesenkt werden.

Anschrift und V.i.S.d.P.  
Alternative für Deutschland  
Kreisverband Freiburg  
Andreas Schumacher  
Postfach 0607, 79100 Freiburg  
[info@afd-freiburg.de](mailto:info@afd-freiburg.de)  
[www.afd-freiburg.de](http://www.afd-freiburg.de)